

Verkaufspreis der städt. Kartoffeln im Jänner 1916. Die Verkaufspreise der städtischen Kartoffeln inländischer und ungarischer Herkunft wurden für den Monat Jänner 1916 wie folgt festgesetzt:

Waggonweise Abgabe ab Bahnhof (Ausladung, Verführung durch die Partei) K 12 per 100 kg, Abgabe von Mengen über 1000 kg und zwar ab Lager (Verführung durch die Partei) K 12,10 per 100 kg, bei Zustellung durch die Gemeinde Wien K 13,50 per 100 kg, beim Kleinverschleiß in der Markthalle 1. Bezirk Zedlitzgasse in Mengen bis 1000 kg K 13 per 100 kg, bei Abgabe an Kleinhändler vom Straßenbahnlastwagen K 13 per 100 kg, Abgabe an Maronibrater K 10 per 100 kg, Industrie- und Futterkartoffeln K 7,70 per 100 kg.

Abgabe städtischer Kartoffel. In der kommenden Woche werden die städtischen Kartoffeln in der Markthalle 1. Bezirk Zedlitzgasse am Freitag, den 7. Jänner in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 4 Uhr nachmittags in Mengen von 50 bis 1000 kg an die einzelnen Käufer abgegeben. Der Preis stellt sich auf 13 h per kg. Die Käufer haben Säcke oder sonstige Behältnisse selbstmitzubringen.

Auf dem Ostbahnhofe und Zentralviehmarkte St. Marx findet kein Verkauf statt.

Die Mitglieder der Genossenschaften der nicht handelsgerichtlich protokollierten Handelsleute und der Fragner, sowie die Mitglieder der Handelsgremien von Sechshaus und Hernals erhalten gegen vorherige Einzahlung in den Genossenschaftskassen die städtischen Kartoffeln in der kommenden Woche auf folgenden Plätzen:

Mittwoch, 4. Jänner: gegen 9 Uhr vormittags 5. Bezirk Margaretensplatz, gegen 3 Uhr nachmittags 9. Bezirk Kinderspitalgasse (im Durchlasse bei der Stadtbahnhaltestelle Alserstraße).

Freitag, 7. Jänner: gegen 9 Uhr: 9. Bezirk Nußdorferstraße (ehemalige Nußdorferlinie), gegen 3 Uhr nachmittags

13. Bezirk Linzerstraße (nächst dem Heu- und Strohmarkte); Samstag, 9. Jänner: gegen 9 Uhr vormittags 20. Bezirk Brunnbrücke, gegen 3 Uhr: 16. Bezirk Erlängert: Herbststraße bei Panikengasse.

Futtermittelabgabe durch die Gemeinde Wien. Infolge neuerlicher Aenderung in der Zusammensetzung des von der Gemeinde Wien hergestellten Kraftfutters wurde der Abgabepreis von Montag, den 3. Jänner 1916 an bei Bezug in den Magazinen der Firmen Brüder Gibian und Sigmund Kaufmann auf dem Lagerplatze der Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft am Praterkai mit 44 K für 100 kg exklusive Sack und bei Bezug bei den in den Wiener Bezirken eingerichteten Hafer-, Heu- und Strohhändlern mit höchstens 45 K für 100 kg exklusive Sack festgesetzt.

2

mehrere Pakete feiner Damenhandschuhe sendete, jedoch die Ware von der Postbehörde zurückerhielt und alle Reklamationen bei den verschiedenen Zentralstellen vergeblich waren. 2. Will er darauf dringen, daß im Interesse des Wiener Gewerbes jede ungerechtfertigte Erschwerung der Ausfuhr von Wiener Fabrikaten nach den occupierten Ländern den beteiligten Behörden auf strengste untersagt werde?

Bgm Dr. Weiskirchner: Auch diese Interpellation wird der Regierung vorgelegt werden.

GR Dr. Klotzberg stellt folgende Anfrage: Ist der Bürgermeister geneigt, den Vertrag mit dem Wasenmeister so abzumachen, daß die Gemeinde Wien jederzeit im eigenen und im Interesse der Allgemeinheit Wandel schaffen kann? In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß der Wasenmeister für 1 kg Schweinekadaver 24 Heller zahlt und für das gewonnene technische Fett 5, 6, ja über 8 Kronen beim Verkauf erhält. Er wünscht, es möge technische Fette des Wasenmeisters von antwogen zu Kraien, die im richtigen Verhältnis zu seiner Gestehungskosten stehen, reguliert werden, damit für die arme Bevölkerung wenigstens eine billige Seife hergestellt werden kann.

Bgm Dr. Weiskirchner: Der Vertrag mit dem Wasenmeister läuft Ende des Jahres ab unter der Voraussetzung, daß er bis 30. Juni gekündigt wird. Ich habe den Magistrat beauftragt, Verhandlungen wegen Erneuerung des Vertrages zu führen. Die Bemerkung des GR Dr. Klotzberg ist vollkommen zutreffend, es wird darauf Bedacht genommen werden.

GR Dr. Klotzberg stellt folgende Anfrage:

Die fleischverarbeitenden Gewerbe kaufen ihre lebendige Ware, Schweine, zu so hohen Preisen ein, dass sie für Fett, Speck und Fleisch die vorgeschriebenen Höchstpreise nicht einhalten können und infolgedessen der Gefahr laufen, wegen Überschreitung der Höchstpreise bestraft zu werden. Es wäre deshalb unbedingt notwendig, dass auch die Höchstpreise für Fett und Fleisch der Einkaufspreisen entsprechend reguliert werden. Andererseits wäre es aber im Interesse der Allgemeinheit gelegen, eine Einführung von Fett- und Eierkarten vorzunehmen, um die Hamstergewisser Leute zu unterbinden. Ich ersuche Sie daher an den Bürgermeister die Anfrage, ob er geneigt ist, an kompetenter Stelle dahin zu streben, dass das Nütige zur Einführung dieser Karten veranlasst werde.

Bgm Dr. Weiskirchner: Ich werde diese Anfrage der Regierung vorlegen. Die Einführung von Fettkarten hat nur dann einen Zweck, wenn man genügend Fett hat.

Die GRen Körber, Effenberger und Kollegen stellen folgenden Antrag: In den letzten Wochen wurde das städtische Mehlab-

gabenamt durch Statthaltereierlaß vom 27. April 1916 verhalten, an sämtliche Bäckermeister statt der bisherigen 20 % Malzmehl 50 % zur Verteilung zu bringen. Gegen diese Maßregel wurde seitens der betroffenen Gewerbetreibenden keine Einwendung erhoben, da die Notwendigkeit solcher Maßnahmen allgemein erkannt wird und überdies in der zitierten Verordnung der n-8. Statthalterei auch versichert wurde, daß auch Brotfabriken und Konsumvereine „in diesem Ausmaße“ beteiligt werden sollten. Unso lebhafter war das Erstaunen der Bäckermeister, als sich dann herausstellte, daß die Brotfabriken und Konsumvereine zwar tatsächlich im selben Ausmaße mit Surrogatmehlen beteiligt wurden, aber kein Mehl, sondern Gerstemehl, das sich zur Broterzeugung ungleich verwendbarer erweist, erhielten. Selbstredend mußte diese ungleiche Situation der Brotfabriken auch in der Qualität der Erzeugnisse derselben zum Ausdruck kommen und die Entrüstung der Bäcker hierüber erscheint unsso begreiflicher, als sich die Brotfabriken und Konsumvereine dieser Begünstigung heute noch erfreuen, während die Mehlabgabestelle der Gemeinde Wien nur Mehlmehl als Surrogat abzugeben in der Lage ist. Dieser Umstand ist aber nur ein Glied in der Kette fortdauernder Begünstigungen, deren sich die Brotfabriken durch ihre Unterstellung unter die Kriegs-Getreideverkehrsanstalt erfreuen. Auch bei der Abgabe der Brotkartenabschnitte erscheinen dieselben begünstigt, indem letztere von ihnen nicht mit der gleichen Strenge eingefordert werden, wie von den Bäckern. Die Bäckermeister werden für fehlende Brotkartenabschnitte verantwortlich gemacht, die Brotfabriken niemals! Es wollen auch einzelne Brotfabriken direkt dadurch Wiederverkäufer zu gewinnen suchen, daß sie diesen versichern, sie nehmen es mit den Brotmarken nicht so genau. Alle diese Mißstände entspringen aber nur dem einen Umstande, daß die Brotfabriken und Konsumvereine ihr Mehl nicht von dem städt. Mehlabgabebureau, sondern direkt von der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt beziehen, wodurch jeder einseitigen Begünstigung Tür und Thor geöffnet erscheint. Es wird daher beantragt: Der Herr Bürgermeister ist zu ersuchen, kompetenten Orts mit allem Nachdrucke dahin vorstellig zu werden, daß die ganz überflüssige Sonderstellung der Brotfabriken und Konsumvereine beseitigt und diese wie alle anderen Bäckereibetriebe hinsichtlich der Mehlversorgung dem städtischen Mehlabgabebureau unterstellt werden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen. Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

VB. Rain beantragt den Ankauf von Funotkorken für das Brauhaus der Stadt Wien mit einem Kostenaufwand von 25.000 K.

(Ang.)

VB. Rain beantragt die Auswechslung des Kühlrohrnetzes im Gärkeller des Brauhauses der Stadt Wien. Die Kosten betragen 25.000 K. (Ang.)

gen 25.000 K. (Ang.)

StR. Gräf beantragt den Ankauf der Parzelle B Z 1623 in Ottakring im Ausmaße von 15.300 m<sup>2</sup> um den Pauschalbetrag von 120.000 Kronen. (Ang.)

StR. Hermann beantragt die Errichtung eines städtischen Jugendspielplatzes im 9. und 19. Bezirk mit einem Kostenveranschlag von 31.200 K.

GR. Wolny erklärt, dass er diesen Anlass nicht vorübergehen lassen könne, ohne festzustellen, dass es ihm nach jahrelangen Bemühungen gelungen sei, einen unerwartet grossen Spielplatz für die Schuljugend des neunten Bezirkes zu bekommen. Der Magistrat habe in dieser Frage ausserordentlich rasch und prompt gearbeitet und es bleibe ihm nur übrig zu bitten, auch die noch vorzunehmenden Arbeiten ebenso rasch durchzuführen, damit der Spielplatz noch vor den Ferien der Benützung zugeführt werden könne. Der Antrag wird hierauf angenommen.

VBgm. Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

StR. Knoll beantragt die Umpflasterung der Museumstraße von der Einfahrt der Hofstallungen bis zur Burggasse im 7. Bezirk mit den Kosten von 69.350 K. (Ang.)

StR. Schneider beantragt die Verlängerung des Pachtvertrages mit dem Zirkusdirektor Albert Schumann, hinsichtlich der dem Bürgerspitalfonds gehörigen Liegenschaften bis 1. Mai 1917 mit dem Bemerkten, daß eine weitere Verlängerung mit Rücksicht auf den Bau des städtischen Museums nicht zugestanden werden kann. Der Pachtzuschilling wird ab 1. Juni 1914 um 1000 K pro Jahr erhöht. (Ang.)

StR. Schneider beantragt, die nach der kaiserlichen Verordnung vom 15. September 1915 von der Gesamtsumme aller zur Begründung der Versorgungsansprüche statutarisch festgesetzten Leistungen der Mitglieder der Pensionskasse für die Beamteten und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen an diese Kasse zu entrichtende 1 %ige Gebühr unter Verzicht auf die nach der Verordnung zulässige Hereinbringung dieser Gebühr von den Mitgliedern aus den laufenden jährlichen Einnahmen der Pensionskasse zu bezahlen. (Ang.)

StR. Schneider beantragt der Gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaft für Militärzertifikatisten reg. Genossenschaft z. B. H. die Zusage der Baurechtsbestellung an Baustellen zwischen der Gervasestraße und Löschekohlgrasse im 15. Bezirk zu erteilen. (Ang.)

StR. Schneider beantragt für die Straßenbahnlinie Lehmgrasse bis Rotneusiedel-Eisenmarkt Gründe in Oberlaa-Stadt im Ausmaße von 2621 m<sup>2</sup> um 20 K per m<sup>2</sup> käuflich zu erwerben. (Ang.)

StR. Tomola beantragt dem Komitee „Döblinger Heimatkunde“ eine Subvention von 1000 K für die Herausgabe einer Heimatkunde des 19. Bezirkes zu bewilligen. (Ang.)

Nach einem Berichte des StR. Tomola werden die Beheizungs- und Beleuchtungskosten anlässlich der Benützung des Handarbeitszimmers der Mädchenvolksschule 15. Bezirk Hackengasse 13 für die Veranstaltung von sieben im Februar und März 1915 abgehaltenen patriotischen Festen durch den Lehrkörper der Mädchenbürgerschule 14. Bezirk Benedikt Schellingergasse 1 nachgesehen. (Ang.)

StR. Dr. Mataja beantragt die Entscheidung des Eisenbahnministeriums vom 29. Februar 1916 in Angelegenheit der Schlepplahn der Firma Viktor Herz unter Abstandnahme von einer Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zur Kenntnis zu nehmen. (Ang.)

Bgm Dr. Weiskirchner beantragt den Beitritt der Gemeinde Wien zu dem „Verein zur Erhaltung des Forschungsinstitutes für Osten und Orient“ als Mitglied und die Widmung eines Betrages von 5000 K aus diesem Anlasse. (Ang.)

VB. Hog berichtet über den Ankauf des Lagerhauses S. & W. Hoffmann und die finanzielle Beteiligung an der Ersten Wiener Walzmühle Vonwiller & Co.

GR. Effenberger befürwortet den Antrag und führt aus: Die Erwerbung des Lagerhauses ist auf das Würste zu begrüssen, nicht nur von Seite der Konsumenten, sondern auch von Seiten des Gewerbes, weil dadurch dem Mühlenkonzern, der ja eigentlich ein Mühlentrust ist, dadurch ein Gegengewicht geschaffen wird, denn Kartelle müssen dadurch bekämpft werden, dass man die Verbindung der Gegner sperrt und dies geschieht hier eben durch den Anschluß. Es war ein äusserst glücklicher Gedanke, die neuen Speicher seinerzeit zu bauen, denn so sind wir Gott sei Dank über die schlimmste Zeit hinweggekommen. Die Erwerbung dieser Mühle kann man geradezu zu einem Kristallisationspunkt der österreichischen Mühlenindustrie bezeichnen und ich hoffe, dass man damit auch das Rückgrat der österreichischen Mühlenindustrie stärkt. Ich kann aber nicht umhin, zu gleicher Zeit zu bedauern, dass nicht alle leistungsfähigen Besitzer der österreichischen Mühlen gleichgedacht haben, sondern sich dem ungarischen Mühlenkonzern angeschlossen haben. Von diesem Standpunkte aus möchte ich den Antrag geradezu als eine patriotische Tat bezeichnen. Ich will keine Namen nennen.....

GR. Skaret: Nennen Sie nur den Namen Schoeller!

GR. Effenberger: Ja Schoeller; ich wollte es vermeiden persönlich zu werden. Wir brauchen uns nicht auf grosse Gewinne vorzubereiten, aber es ist gewiss wieder im Interesse der Bevölkerung gelegen, dass die Gemeinde Wien durch den Anschluß nunmehr Kontrolle über ein derartiges Etablissement gewinnt. Die Mühle liegt ausserordentlich günstig, an unserer einzigen grossen Wasserstrasse, wodurch auch Zufuhr und andererseits die Abfuhr sehr gefördert werden.

Dies ist auch sehr ausschlaggebend für die Verminderung der Spesen. Ich danke dem Bürgermeister für die Durchführung dieser Sache nicht nur im Namen des Gewerbes, sondern auch im Namen der Bevölkerung.

GR. Melcher: Es ist ja ganz richtig, dass bei einer solchen Angelegenheit der Termin zwischen der Annahme im Stadtrat und zwischen der Erledigung im Gemeinderat kein allzugrosser sein darf. Wir haben daher nur wenig Zeit gehabt, uns über diese sogrosse Transaktion zu informieren. Durch die Liebenswürdigkeit des Herrn Baudirektors wurde es mir aber ermöglicht, das Unternehmen an Ort und Stelle selbst kennen zu lernen. Bevor ich auf die Einzelheiten eingehe, möchte ich jedoch bemerken, dass wir uns klar werden sollen darüber, ob die Fortsetzung der industriellen Unternehmungen, die die Gemeinde Wien in letzter Zeit an sich gebracht hat, weitergehen soll, oder ob wir der Industrialisierung Einhalt gebieten sollen. Wo es sich um Approvisionierungsfragen handelt, kann keiner der im Gemeinderat Sitz und Stimme hat, dagegen sein. Anders ist dies aber bei den reinen Industrieunternehmungen. Bei der Industrie kommt der Bevölkerung der freie Konkurrenzkampf am allerbesten. Kartelle sind für die Gesamtbevölkerung von Vorteil und auch eine Monopolisierung ist für sie ganz vorteilhaft. Wir haben ja die Elektrizitäts-, die Gaswerke, ein Kohlenwerk, Lagerhäuser, Omnibus, Über-Landzentrale, Landwirtschaft u.s.w. - aber man muss auch bei der Industrialisierung Mass halten und darauf bedacht sein, dass in einer grossen Stadt auch andere Interessen zu vertreten sind. Wir haben ja auch von einem Projekt gehört, welches sich auf die Kommunalisierung von Heu und Stroh bezieht. Vergleichen wir einen privaten Unternehmer mit der Gemeinde. Zahlt der Privatunternehmer einmal darauf, so muss er sich dabei sagen, dass er früher ja verdient habe. Anders ist dies bei dem Gemeindeunternehmer. Hier wird das Reineinkommen im Budget voraus eingestellt und wenn dieses Reinertrags sich nicht ergibt, dann müssen wir diesen Abgang decken, wie wir ja jetzt wahrnehmen. Nachdem die Gemeinde auf den Verdienst, den sie in das Budget eingestellt hatte, angewiesen ist, müssen wir die Elektrizitäts- und Gaspreise erhöhen. Das soll kein Vorwurf sein, aber der Hergang ist ebenso. Deshalb bin ich der Meinung, dass an der freien Konkurrenz nicht gerüttelt werden soll. Nur die freie Konkurrenz fordert jeden in der Industrie an, der etwas erreichen will, auch etwas zu leisten. Was die Erwerbung des Lagerhauses und der Mühle im vorliegenden Antrag betrifft, so ist die Lage dieses Unternehmens wohl die denkbar günstigste zu nennen. Auf der einen Seite haben wir die Donau, auf der anderen Seite die Eisenbahn und zwar so, dass die Waggon direkt in den Hof der Mühle einfahren können. Einzelne Objekte sind auf Pachtgrund erbaut, einzelne gehören der Donau Regulierungskommission und diese dürften ja auch der Gemeinde erhalten bleiben, da sie

ja selbst in der Kommission Sitz und Stimme hat. Ich habe in die Schätzung des Gebäudewertes Einsicht genommen. Sie ist eine derartige, dass man darauf nicht rütteln kann. Was den Grundwert betrifft, so ist dieser überschätzt worden. Allerdings kann man bei solchen Grundwerten verschiedener Meinung sein. Es hätte ein sogenannter Luxuswert oder ein Betriebswert in dem Grundstück vorhanden und diesen müssten wir eben bezahlen. Es geht leider nicht anders bei dem Ankauf derartiger Objekte und ich glaube deshalb, zumal auch der Speicher eine sehr günstige Lage aufweist, berichtigt für diese Vorlage stimmen zu können (Beifall). Die Erwerbung der Wiener Walzmühle halte ich für einen besonders glücklichen Griff. Wen auch derzeit von einem ungarischen Mühlenkartell noch nicht gesprochen werden kann, so wird es sicher dazu kommen und dann wird unsere Mühle geeignet sein, einen wichtigen Preisregulator zu bilden. Der Ankauf ist aber auch vom Standpunkte des Bäckergewerbes mit Freuden zu begrüssen, für welches die neue Mühle eine grosse Stütze sein wird insbesondere wenn der Betrieb zur Kornvermahlung umgewandelt wird. Der österreichische Roggen ist weit besser als der Ungarns und gerade in der nächsten Nähe Wiens wird er in allerbesten Qualität produziert. Wenn Gemeinderat Melcher gegen die Monopolisierung der verschiedenen Unternehmungen seitens der Gemeinde Wien gesprochen hat, so muss ich sagen, dass die Gemeinde Wien gerade in dieser Sache eine ausserordentlich glückliche Hand hatte. Gas, elektrischen Strom und die Strassenbahnfahrt wäre sicherlich in einer Zeit, in welcher die Löhne und das Material so gewaltig gestiegen sind, von privaten Gesellschaften stark verteuert worden. Vom Standpunkt der Bevölkerung haben wir also diese Monopolisierung sicher nicht zu beklagen und ich möchte wünschen, dass das neue Unternehmen ebenso fruchtbringend und segensreich sei, wie die früheren Unternehmungen. Dem Stadtrats Antrag stimme ich natürlich zu (Lebhafter Beifall).

GR. Partik: Die Erwerbung der Wiener Walzmühle halte ich für einen besonders glücklichen Griff. Wen auch derzeit von einem ungarischen Mühlenkartell noch nicht gesprochen werden kann, so wird es sicher dazu kommen und dann wird unsere Mühle geeignet sein, einen wichtigen Preisregulator zu bilden. Der Ankauf ist aber auch vom Standpunkte des Bäckergewerbes mit Freuden zu begrüssen, für welches die neue Mühle eine grosse Stütze sein wird insbesondere wenn der Betrieb zur Kornvermahlung umgewandelt wird. Der österreichische Roggen ist weit besser als der Ungarns und gerade in der nächsten Nähe Wiens wird er in allerbesten Qualität produziert. Wenn Gemeinderat Melcher gegen die Monopolisierung der verschiedenen Unternehmungen seitens der Gemeinde Wien gesprochen hat, so muss ich sagen, dass die Gemeinde Wien gerade in dieser Sache eine ausserordentlich glückliche Hand hatte. Gas, elektrischen Strom und die Strassenbahnfahrt wäre sicherlich in einer Zeit, in welcher die Löhne und das Material so gewaltig gestiegen sind, von privaten Gesellschaften stark verteuert worden. Vom Standpunkt der Bevölkerung haben wir also diese Monopolisierung sicher nicht zu beklagen und ich möchte wünschen, dass das neue Unternehmen ebenso fruchtbringend und segensreich sei, wie die früheren Unternehmungen. Dem Stadtrats Antrag stimme ich natürlich zu (Lebhafter Beifall).

GR. Skaret: Seit dem die Sozialdemokraten hier im Saal sitzen, sind sie stets für die weitestgehende Kommunalisierung eingetreten. Im Gegensatz zum GR. Melcher, möchte ich wünschen, dass das, was durch den heutigen Ankauf geschieht, nur als ein kleiner Anfang dessen zu betrachten sei, was wir als Aufgabe der Gemeinde bezüglich der gemeinnützigen Institutionen betrachten. Der Krieg hat uns nun in der Approvisionierungspolitik einen Schritt nach vorwärts gebracht und wir wünschen, dass auf diesem Gebiete weiterschritten werde. Bei dieser Gelegenheit möchte ich betonen, dass wir bei der Gründung der Hammerbrotwerke hauptsächlich deshalb veranlasst wurden, weil ein Kartell der Schwarzbrotbäckereien geplant war und wir durch unsere Gründung der Vertierung des Brotes entgegen

getreten wollten. Wir sind mit den Stadtratsanträgen vollständig einverstanden. Ich möchte nur den Wunsch aussprechen, dass die Bediensteten der Wiener Walzmühle in Aussicht gestellte Kriegszulage ausbezahlt werde.

GR. Dr. Schwarz-Hiller: Ich bin mit den vorliegenden Anträgen vollkommen einverstanden. Mit Rücksicht auf die Bemerkungen des Vorredners muss ich mich jedoch gegen eine von ihm gewünschte weitgehende Kommunalisierung von Betrieben aussprechen. Die Gemeinde muss ja während der Kriegs in eine ganze Reihe von Agenden hineinsteigen, die sie in Friedenszeiten gewiss nicht übernommen hätte. Ich habe mich bereits einmal gegen die schrankenlose Kommunalisierung ausgesprochen. Es ist ein alter Streit, ob Kommunal- oder Privater-Betrieb und es gibt gewisse Unternehmungen in den Grossstädten, die gewiss besser von der Gemeinde als von Privaten geführt werden.

Weiters möchte ich einen Punkt betonen, den schon GR. Skaret hervorgehoben hat. Ich halte es für eine Gemeinde nicht sehr klug, ja als ungünstig, dass sie dadurch, dass sie eine ungeheure Anzahl von Unternehmungen erwirbt, als Unternehmerin in Arbeiter und Lohnstreitigkeiten hineingezogen wird. Sie verliert dadurch ihre Stellung über den Parteien und ihr Amt gewissermassen als Schiedsrichterliches Organ zu fungieren. Wenn die Unternehmungen der Gemeinde sich übermässig ausdehnen, würde die Zahl der Angestellten ins Riesenhafte wachsen und ihre Zahl würde bei Wahlen etc. von derart ausschlaggebender Bedeutung werden, dass sie ihre Unabhängigkeit verlieren würde. Aus diesem Grunde möchte ich nur meinen prinzipiellen Standpunkt Ausdruck geben, wenn ich auch mit Rücksicht auf die Kriegsergebnisse sehr dafür bin, dass wir diese Unternehmungen jetzt erwerben. Auch die fachmännische Frage ist ein Punkt, der gegen eine allzuweitgehende Kommunalisierung spricht, denn kein Gemeinderat der Welt, kein Magistrat und Bürgermeister ist in der Lage, fachlich so ausgebildet zu sein, um alles richtig verstehen und beurteilen zu können. Schliesslich kommt auch die Frage des Betriebes dazu, der selbstverständlich nicht bükratisch, sondern nur rein kommerziell geführt werden kann. Ich bin also für Ihre Anträge, möchte aber betonen, dass wir damit noch nicht ausgesprochen haben, dass wir jetzt erst mit dem grossen Kommunalisierungsprogramm beginnen werden.

VBgm. Hogg (zum Schlusswort): Ich möchte meiner Freude darüber Ausdruck geben, dass sich bei diesem Referate eine so schöne Einmütigkeit gezeigt hat. Es war ein Vergnügen, die einzelnen Herren Redner der verschiedenen Parteien zu hören wie sie in sachlicher Weise den Ankauf befürworteten.

Ich hätte nur den innigen Wunsch, es möge sehr häufig möglich sein, bei grossen wirtschaftlichen Fragen eine solche Einmütigkeit zu erzielen (lebhafter Beifall). Ich glaube im Sinne aller Herren zu sprechen, wenn ich dem Herrn Bürgermeister, welcher neuerlich bewiesen hat, welchen guten Griff er bei der Lösung solcher grosser Fragen hat, den Dank des Gemeinderates zum Ausdruck bringen (Neuerlicher lebhafter Beifall).

Bei der nun folgenden Abstimmung konstatiert VBgm. Hierhammer unter anhaltendem Beifalle die einstimmige Annahme der Anträge.

Hierauf wird die Beratung über den Hauptvoranschlag fortgesetzt und ergreift als erster Redner GR. Hohensinner (contra) das Wort. Durch den teuflischen Aushungerungsplan der Engländer, die bekanntlich alle Wölfe des Hungers auf uns losgelassen haben, ist auch die gesamte Zivilbevölkerung unserer Reiche in dem Riesenkampf mit hineingezogen worden. Leider hat sich für diesen Wirtschaftskrieg noch immer kein Hötzerdorf gefunden. Bevor ich über den Wirtschaftskrieg in Wien einige Worte spreche, möchte ich als Städter und Konsument und als Mann, welcher die Agrarpolitik schon bisher aufs Heftigste bekämpft hat, einige Worte sprechen. Unsere Hochschutzzollpolitik hat nichts anderes bewirkt als eine Preissteigerung, ohne aber eine Produktionsvermehrung zu bringen. Daher kommt es, dass wir im Agrarierstaate Oesterreich schlechter stehen als im Industriestaate Deutschland. Wir sehen also, dass die bisherige Agrarpolitik ganz falsch orientiert war. Sind wir daran schuld? Nein, denn wir haben Tausende und Hunderttausende an sie gegeben, haben uns also Opfer auferlegt, um die Landwirtschaft am Brod zu erhalten und ich frage daher, legt sich jetzt auch die Landwirtschaft Opfer auf um uns Brod zu geben? Nein, schaut auf Euch hört nicht auf das Gejammer der anderen! So tönt das Wort aus dem agrarischen Lager heraus (Rufe: Der Zwischenhandel ist schuld!) Was wir bisher erreicht haben, dass wir noch nicht verhungert sind, verdanken wir ganz einfach der Gewalt, dem Zwange.

Es muss daher gesagt werden, das Verhalten der Agrarier ist gerade zu ein Kampf des Landes gegen die Stadt. Jetzt ist aber keine Zeit des Profitmachens, sondern eine Zeit des Opfers.

GR. Rotter: Damit wenden Sie sich hier nicht an die richtige Adresse.

GR. Hohensinner: Die Lehren, die uns der Wirtschaftskrieg täglich und stündlich predigt, werden wir uns wohl merken müssen. Auf dem Gebiete der Agrarpolitik werden die Herren Christlichsozialen umlernen müssen, nicht wir, wie dies Herr Gemeinderat Steiner in

A

der letzten Sitzung behauptet hat. Unsere Partei hat schon Kriegsansbruch darauf gedrungen, dass überseeisches Fleisch eingeführt werde.

GR. Rotter: Wie würden wir jetzt da ausschauen?

GR. Hohensinner: Jetzt aus dem Lager der christl. Sozialen selbst der Ruf nach Einführung von ausländischem Fleisch. (Rufe: Ja wo her denn) Der Herr Gemeinderat ~~xxx~~ Steiner hat ja ~~xxxxxxx~~ beantragt und mitten im Winter haben sie das Gefrierhaus errichtet, aber leider ohne Fleisch, und wie gut wäre es jetzt, wenn ein Fleisch darinnen wäre. Längst hat unser Klub die Heranziehung des Gebietes von Floridsdorf zur Approvisionierung in Vorschlag gebracht, jetzt aber läuft man die ganze Stadt ab und sucht nach Gemüseanbauflächen. Hätten wir nicht damit früher einen Preisregulator bekommen gegen die ungeheure Teuerung, gegen die wir bisher machtlos angekämpft haben. Es gibt ja eine Teuerung, die im Gefolge eines jeden Krieges einherzieht, aber diesmal wird sie noch durch Preistreiber und Wucher verschärft.

GR. Broschek: Wer sind denn die Wilderer?

GR. Hohensinner: Je bitterer die Not, desto unverschämter treibt es der Wucher und gegen diese Preistreiber hat sich das Rathaus entschieden als vollständig kraftlos erwiesen. Unser Kollege Steiner sagt in einer der früheren Sitzungen, wartet nur bis die Zeit kommen wird, wo wir sagen können, wo die Preistreiber sind. (Zwischenrufe seitens der Mehrheit: sehr richtig) Was wird das der Bevölkerung nützen? Der Kampf muss jetzt geführt werden und das Rathaus war nicht energiegelad genug gegen die Preistreiber, ja ich glaube selbst, es ist ihnen gar nicht ernst damit, (lebhafte Zwischenrufe) aber, aber, Sie wollen nicht an die Wurzel greifen, Sie suchen sich einfach einen Agitationsstoff. (Rufe seitens der Majorität: Sie!) Sie wollen einen Sündenbock vor sich hertreiben, auf den die jüdischen und christlichen Sünden überwältigt werden sollen.

GR. Broschek: Die Papierschuhhändler und die sonst das Zeug verkaufen, wer sind denn die?

GR. Hohensinner: Packen wir die Preistreiber, wo wir sie treffen, stellen wir sie bloß, nehmen wir ihnen das passive und aktive Wahlrecht!

GR. Körner: Da haben Sie ja dann keine Wähler mehr!

GR. Hohensinner: Mit der Verhetzung muss es aber ein Ende haben. In normalen Zeiten spielt der Wucher in unserem Wirtschaftsleben keine besondere Rolle. Jetzt ist er aber sozusagen zur allgemeinen Verkehrssitte geworden. Die Betriebe werden nur unter dem Gesichtspunkte der höchsten Rentabilität geführt nicht etwa vom sozialen und patriotischen Standpunkte aus.

Da hilft keine Religion, da hilft keine Philosophie, es gibt ganz einfach kein soziales Gewissen mehr. Ja, das Organ des Landesverbandes der kaufmännischen Organisationen Böhmens betrachtet fast die Preistreiber als eine Pflicht und nennt jene, welche niedrigere Preise ansetzen, Auswähler des Standes.

GR. Angermayer: Das sind doch keine Agrarier.

GR. Hohensinner: Das sind jedenfalls Ihre Leute auch dabei, denn es handelt sich um alle Stände. Was will der Herr Gemeinderat Steiner mit seiner Drohung sagen, wenn der Herr Bürgermeister erklärt: Es wird gewuchert ohne Unterschied der Konfession. Damit hat er ein Wort gesprochen, das wir uns merken werden. Die grossen lässt man laufen (Rufe bei der Mehrheit: sehr richtig) Was die grossen anbelangt, sagt der Justizminister dass diese unfassbar sind. Ich weiss nicht, warum sie so unfassbar sind, ist sein Arm so kurz, dass er sie nicht zu erreichen vermag, oder sind die grossen Dicks in den höheren Volksschichten? Darüber herrscht natürlich in der Bevölkerung ein tiefer Groll und wenn auch jetzt versteckt durch die Zensurverbote glimmt. Es ist unbedingt Pflicht der Gemeinde, dass sie den Consum organisiert, die Approvisionierung - das hat uns der Krieg gelehrt - muss in den Mittelpunkt der städt. Versorgungswirtschaft gestellt werden. Auf allen Gebieten haben aber Sie hier versagt.

GR. Rotter: Die Regierung ist schuld.

GR. Hohensinner: Man sieht deutlich, dass sie sich ihrer Schuld bewusst sind und es war ein taktisches Manöver den Herrn Bürgermeister zum Ehrenbürger zu machen, aber die Bevölkerung hat Sie erkannt, man weiss genau, dass das keine Anerkennung, sondern ein Schulbekenntnis war. Christlich soziale Gemeinderatskollegen sind zu mir gekommen und haben selbst erklärt, haben Sie denn nicht das ganze Manöver durchschaut?

GR. Fischer und andere Mitglieder der Mehrheit: Wie heissen denn die?

GR. Rotter: Das glauben Sie ja selbst nicht.

GR. Hohensinner: Was ich gesagt habe, ist vollständig wahr.

Unser Herr Bürgermeister trübtet sich über die miserablen Verhältnisse damit, dass auch im Jahre 1809 ähnliche Verhältnisse in Wien herrschten. Das ist ja richtig, aber ist seit der Zeit nicht ein Jahrhundert vergangen? Gibt es seithe nicht Eisenbahnen, Telegraphen und Telephon?

GR. Rotter: Mit dem Telegraphen kann man doch keine Lebensmittel herbeischaffen?

GR. Hohensinner: Sie haben keine Uebersicht

GR. Angermayer: Ja Uebersicht hätten wir schon, aber keine Lebensmittel?

GR. Hohensinner: Darum glaube ich an die Spitze der Commune gehört der Bürgermeister als eine Art General, dem alle unterthan sein müssen, der ein strenges Regiment zu führen vermag und wenn dies auch nicht genügt, dann soll überhaupt ein General an die Spitze treten. (Stürmische Zwischenrufe seitens der Mehrheit)

Das ist die Freiheit, die Sie heute hier verteidigen.

GR. Angeli: Das ist Ihre Freiheit, das wollen Sie haben?

GR. Angermayer: auf die Freiheit verzichten wir.

GR. Hohensinner: Uebrigens sind in Deutschland die selben Forderungen gestellt worden.

GR. Angermayer: Die Deutschen, die diese Forderungen stellen verstehen von einer Freiheit so wenig, wie Sie, für eine solche Freiheit danken wird.

Vizebürgermeister Hierhaber gibt das Glockenzeichen.

GR. Hohensinner: Unsere ganze Wirtschaftspolitik ist falsch orientiert. Jedenfalls hätte ein General nicht jene Rücksicht auf die Wähler zu nehmen, welche Sie üben. Insbesondere tröstlos ist die Lage der fix Angestellten und von diesen sind wir um die Lehrer am schlechtesten daran. Zwei Jahre sind es her, seitdem das Lehrgesaltsgesetz vom Gemeinderate vorbereitet und vom Landtag genehmigt wurde. Die Sanktionierung ist noch immer nicht erfolgt. Ein frevelhaftes Spiel würde getrieben, indem zuerst das Gesetz beschlossen wurde, dann jedoch die Regierung bestürzt wurde, dieses Gesetz nicht zur Sanktion vorzulegen. Das Gesetz muss endlich einmal durchgeführt werden, denn die Lehrerschaft kann nicht länger warten, sie steht vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch.

Der Friedensschluss wird der Gemeinde neue grosse Aufgaben bringen. Wir von der Opposition werden uns gern und freudig in den Dienst der Sache stellen, wir werden auch die Kredite für ein grosszügiges Arbeitsprogramm bewilligen. Es wird über das harmonische Zusammenwirken aller Mandatäre notwendig sein und das Wort „Ich kenne keine Parteien“ wird hoffentlich auch im künftigen Frieden seine Wahrheit behalten. Ich glaube aber, dass unser Entgegenkommen nicht das richtige Verständnis findet. Warum besetzen Sie nicht die längst erledigten Ausschuss- und Stadtratsmandate. Noch andere schlechte Vorzeichen zeigten sich uns bereits. Der Bürgermeister hat die einberufenen Gemeinderäte nicht zu den Sitzungen des Gemeinderates eingeladen, wahrschein-

lich aus Angst, dass auch die unwillkommenen Gemeinderäte dann kommen werden. Der Landesverteidigungsminister war nicht so streng in der Gesetzesauslegung wie der Bürgermeister und die Entscheidung des Statthalters in dieser Sache bedeutet eine schwere Niederlage für Dr. Wiskirchner. Ein anderes solches Vorzeichen ist die Ernennung des Grafen Bionerth zum Ehrenbürger. Die Begründung, dass er Kaiser-treu ist, genügt nicht, um ihm die höchste städtische Auszeichnung zu verleihen, denn wenn der Beamte nicht Kaiser-treu ist, dann gehört er vors Kriegsgericht. Die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes in diesen Zeiten war eine Frivolität und eine Provokation des ganzen deutschen Volkes.

Der Redner erwähnt dann, dass der Bürgerschulkatechet den Kindern in der Schule gesagt habe, verkehrt nicht mit Protestanten. Es scheint dies ein Anzeichen eines beginnenden Kulturkampfes zu sein nämlich Herrschaft des Klerikalismus in unbeschränkter Form. Wir wissen sehr gut, welche Leidenschaften diese Kulturkämpfe hervorgerufen haben. Dieses Oesterreich, welches erst im Kriege durch Eisen und Blut zur Einheit zusammengewachsen ist, soll auf eine neue Grundlage gestellt werden und da bedarf es eben des freudigen Mitarbeitens aller und darf nicht in die Wirnisse eines Kulturkampfes hineingraten. Der Krieg kann doch nicht den Zweck haben, dass das ganze vergossene Blut der Mühle einer einzigen Partei zugeführt wird, wir Deutsche dürfen uns den Luxus eines Kulturkampfes nicht gestatten.

Redner schliesst damit, dass er für ein innigstes Bündnis mit Deutschland nicht bloss auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem und geistigem Gebiete eintritt. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen!)

Vorsitzender HBgm Rein weist die Bemerkung des Vordredners, dass die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an Grafen Bionerth eine Frivolität sei, zurück.

Die Beratung wird hierauf abgebrochen und die Sitzung geschlossen.